



Leo Trotzki

Porträt des Nationalsozialismus

Leo Trotzki
Porträt des Nationalsozialismus

Leo Trotzki

Porträt des Nationalsozialismus

Ausgewählte Schriften
1930 - 1934

MEHRING Verlag

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Trockij, Lev D.:

Porträt des Nationalsozialismus : ausgewählte Schriften 1930 - 1934 / Leo

Trotzki. - Essen : MEHRING Verl., 2019

(Trotzki-Bibliothek)

ISBN 978-3-88634-973-9

Veröffentlicht im September 2019

© MEHRING Verlag, Essen 2019

Fotomechanische Wiedergabe und Einspeicherung in elektronische
Systeme nur mit Genehmigung des Verlags

ISBN 978-3-88634-973-9

Inhalt

Vorwort	7
Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland	13
Soll der Faschismus wirklich siegen?	37
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?	55
Was nun?	67
Ein Sieg Hitlers bedeutet Krieg gegen die UdSSR	193
Der einzige Weg	201
Gespräch mit einem sozialdemokratischen Arbeiter	265
Die Tragödie des deutschen Proletariats	288
Porträt des Nationalsozialismus	300
Man muss von neuem kommunistische Parteien und eine Internationale aufbauen	310
Man kann nicht länger mit Stalin, Manuilski, Losowski u. Co. in ein und derselben »Internationale« bleiben	320
Der Zentrismus und die Vierte Internationale	329
Bonapartismus und Faschismus	336
Anhang:	
Zu dieser Ausgabe	347
Zeittafel	349
Verzeichnis der Organisationen und Publikationen	357
Verzeichnis und Register der Personen	367

Vorwort

Nicht wenige Bücher findet man heute auf dem Markt, die versuchen, über das vergangene Jahrhundert Bilanz zu ziehen, es zu deuten, seine offenen Fragen aufzuzeigen: Ein Jahrhundert des beispiellosen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, ein Jahrhundert, das an seinem Ende die rasante Entwicklung weltumspannender Kommunikationstechnologien, den Einsatz von Computern in allen Bereichen der Produktion und Forschung erlebt hat. Auf der anderen Seite aber ein Jahrhundert, das den faschistischen Terror der Nazi Herrschaft, den Holocaust und zwei Weltkriege hervorgebracht hat. An seinem Ende sind die Schatten dieser gesellschaftlichen Katastrophen nicht verschwunden; ungelöst steht dieselbe brennende Frage, welche die Menschheit seitdem bewegt hat, auch an der Schwelle des neuen Jahrhunderts: Wie konnte es zu dieser Barbarei kommen? Weshalb konnte sie nicht verhindert werden? War der Aufstieg Hitlers unvermeidlich?

Die vorliegende Auswahl von Schriften Leo Trotzki über Deutschland gibt eine Antwort auf diese Fragen. Trotzki's Untersuchungen zur Geschichte und aktuellen damaligen Lage in Deutschland, zum Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus, zu seinen sozialen Wurzeln, psychologischen und politischen Mechanismen legen eine analytische Schärfe und politische Weitsicht an den Tag, die den Leser auch heute noch mit Bewunderung und Betroffenheit erfüllen. Sie sind Meisterwerke des Marxismus, ganz in der Tradition der klassischen Analysen aus der Feder eines Karl Marx oder Friedrich Engels.

Trotzki schrieb die hier dokumentierten Briefe und Artikel nicht einfach, um Vergangenes, Unabänderliches zu erklären, sondern um in die aktuelle politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung in Deutschland einzugreifen, um die voraussehbare und von ihm vorausgesehene Katastrophe zu verhindern. Er tat dies mit der gewaltigen Erfahrung und Autorität, über die er als Wegbereiter und Führer der Oktoberrevolution von 1917 und als Haupt der internationalen marxistischen Opposition gegen Stalin verfügte.

Alles hing davon ab, die größte und stärkste soziale Kraft, die organisierte Arbeiterschaft, gegen die faschistische Gefahr zu vereinen.

Die Gewerkschaften waren damals Massenorganisationen, SPD und KPD Arbeiterparteien mit Millionen von Mitgliedern. Daran muss heute erinnert werden angesichts der Verwandlung, welche diese

Organisationen und Parteien seit jener Zeit bis zu ihrer Unkenntlichkeit durchlaufen haben. Freilich hatte sich die SPD schon 1914, als sie den Kriegskrediten zustimmte, und 1918/19, als sie gemeinsam mit der Reichswehr und faschistischen Freikorps die Revolution niederschlug, in den Augen fortschrittlicher Arbeiter und Intellektueller diskreditiert. Aber die Mehrzahl ihrer Mitglieder waren damals immer noch Arbeiter, die sozialistischen Zielen anhingen. Sie zu gewinnen, war die Verantwortung der KPD, die 1919 mit dem Programm des internationalen Sozialismus als revolutionäre Alternative zur SPD gegründet worden war. Würde sich die KPD dieser Aufgabe gewachsen zeigen, obwohl sie nach der Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches ihrer erfahrensten politischen Führer beraubt war? Welches Programm und welche Taktik sollte sie dazu verfolgen?

Trotzki trat dafür ein, dass die KPD die Initiative ergreife und den SPD-Führern und Gewerkschaften ein gemeinsames Handeln zur Verteidigung aller Organisationen, Parteien und Rechte der Arbeiterbewegung gegen den Nazi-Terror vorschlage. Das ungeheuer rasche Anwachsen der Nazipartei war kein unaufhaltsamer, schicksalshafter Prozess. Als marxistischer Dialektiker und Führer der Revolutionen von 1905 und 1917 in Russland wusste Trotzki genau, wie rasch in einer umfassenden gesellschaftlichen Krise die politische Stimmung der Massen umschwingen kann. Vor allem war er sich darüber im klaren, wie entscheidend es unter solchen Bedingungen für eine revolutionäre Partei ist, dass sie eine korrekte, an den objektiven Bedürfnissen der Arbeitermassen orientierte politische Linie und Taktik verfolgt. Nur so kann sie die Mehrheit der Arbeiter hinter sich sammeln. Dies aber ist die Voraussetzung dafür, dass sie auch beträchtliche Teile der kleinbürgerlichen Schichten, die sich sonst der Reaktion bzw. Hitler zuwenden würden, auf die Seite der Arbeiter ziehen kann.

Aber in der Kommunistischen Internationale gaben zu dieser Zeit nicht mehr Marxisten den Ton an, nicht mehr politische und theoretische Führer der Oktoberrevolution wie Leo Trotzki, sondern Stalin und die konservative Schicht von Bürokraten. Moskau verordnete der KPD, nicht eine Einheitsfront anzustreben, sondern SPD und Gewerkschaften als »sozialfaschistisch« zu »brandmarken«. Ungeachtet aller ultralinken Phrasen machte die KPD auf diese Weise mit den rechten sozialdemokratischen Führern gemeinsame Sache. Diese lehnten nämlich ihrerseits ebenfalls jede Zusammenarbeit mit der KPD gegen die Braunhemden ab

und unterstützten die bürgerliche Republik auch dann noch, als sie sich längst als Steigbügel für den Faschismus erwiesen hatte.

Je länger sich die Arbeiterparteien unfähig zeigten, vereint dem faschistischen Terror entgegenzutreten, desto leichter konnten Hitler und seine Banden eine wachsende Schar von verzweifelten und deklassierten Elementen aus dem Kleinbürgertum und dem Lumpenproletariat sammeln und in Stoßtruppen für die Errichtung ihrer Diktatur und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung verwandeln.

Leo Trotzki analysiert in seinen Schriften die verhängnisvolle Linie und Taktik der KPD, alle ihre Drehungen und Windungen, warnt vor ihren Folgen. Er weist nach, dass diese Politik – eine Mischung aus bombastischen, ultraradikalen Phrasen, Blindheit und Feigheit – den sozialen Instinkten und politischen Anschauungen der herrschenden Kreise in der Sowjetunion entsprang und den Interessen der internationalen Arbeiterklasse direkt zuwiderlief. Der Preis dafür in Deutschland war hoch: Hitler kam ohne einen Schuss an die Regierung und konnte unangefochten seine Macht festigen und für den Krieg rüsten.

Die Analysen Trotzkis, seine Warnungen und Vorschläge für eine programmatische Alternative zum Kurs der Komintern und KPD unterstreichen die Haltlosigkeit und Hohlheit der Thesen von Daniel Goldhagen. Hitler kam nicht an die Macht, weil das deutsche Volk in seiner Mehrheit von einem unbändigen Drang beseelt war, Juden zu töten. Er verdankte seinen Aufstieg der vernagelten und verräterischen Politik von SPD und KPD, welche die Arbeiterbewegung politisch lähmte und zunehmend auch ihre ideologischen Widerstandskräfte gegen das Gift des Rassismus und Antisemitismus unterhöhle.

Goldhagen steht freilich mit seinen Ansichten nicht allein. Er trieb nur die Anschauungen, die in Schulbüchern und bei den meisten Historikern weit verbreitet sind, bis zur Absurdität: Wenn das Phänomen Hitler überhaupt erklärt werden könne, dann nur durch die Kurzsichtigkeit des Menschen im Allgemeinen oder durch die böse Natur – und daher kollektive Schuld – der Deutschen im Besonderen. Weit verbreitet ist die Vorstellung, dass die wachsende Arbeitslosigkeit und Verelendung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise zwangsläufig die Masse der Deutschen in die Arme Hitlers getrieben hätten, der Brot und Arbeit versprach. »Nach drei Jahren Depression« sei »die deutsche Gesellschaft intolerant geworden«, schreibt der britische Historiker Ian Kershaw in seiner jüngst erschienenen Hitler-Biographie. Die Hitler-Diktatur sei somit »Deutschland nicht

aufgezwungen worden«, sondern »aus den Erwartungen und Motivationen der deutschen Gesellschaft« erwachsen. Gleichzeitig werden in dem 900 Seiten starken Band SPD und KPD kaum erwähnt, ihre politische Evolution nicht im Geringsten einer Untersuchung wert gehalten.

Solche Erklärungsmuster ignorieren die sozialen Gegensätze und Kämpfe, welche die Gesellschaft in verschiedene Klassen von Deutschen zerrissen hat. Hinter Hitler standen nicht die Millionen, sondern die Millionäre, wie John Heartfield schon damals in einer berühmten Fotocollage festgehalten hatte. Hitler war auch nicht durch einen Sieg bei Parlamentswahlen, sondern durch Manöver und Intrigen innerhalb der herrschenden Cliquen von Industriellen, Bankiers, Großgrundbesitzern und Militärs an die Macht gekommen. Angefangen von seiner 1924 verfassten Propagandaschrift »Mein Kampf« bis hin zu seiner berühmten Rede im Düsseldorfer Industrieclub Anfang 1932 hatte er diesen Kreisen immer wieder eines versprochen: die Diktatur nach innen und den Krieg nach außen. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung sollte den Weg frei machen für die Eroberung der Sowjetunion im Osten und für die Revanche gegen die Sieger des vorangegangenen Weltkriegs im Westen.

Die Nazis waren mit diesem Programm auf den erbitterten Widerstand von Seiten der Arbeiterbewegung gestoßen, so dass sie gezwungen waren, ihre Herrschaft auf die hemmungslose Gewalt der SA-Banden und, nach der Machteroberung, auf die Gestapo, auf die Mordjustiz der deutschen Richter und auf Konzentrationslager für politische Gegner zu stützen. Bei den Parlamentswahlen im November 1932, den letzten vor Hitlers Machtübernahme, erhielten SPD und KPD zusammen über eine halbe Million mehr Stimmen als die Nazis, die ihrerseits gegenüber den vorangegangenen Wahlen zwei Millionen Anhänger verloren hatten. Erneut hatte sich die Arbeiterbewegung mit ihren Parteien als überaus gewaltiger, ja entscheidender politischer Faktor erwiesen. Die von Leo Trotzki verfassten historischen und politischen Analysen, seine Vorschläge für eine Politik gemeinsamer praktischer Kampfverbände zwischen SPD und KPD gegen die Nazis waren nicht nur absolut richtig, sondern auch völlig realistisch.

Die Nazis hätten so gestoppt, Holocaust und Weltkrieg verhindert werden können! Eine Einheitsfront wäre, wie Leo Trotzki schrieb, der Todesstoß für den Faschismus gewesen, hätte das politische Regime der Bourgeoisie, Junker und Generäle erheblich geschwächt, die organisierte Arbeiterschaft hingegen und den Einfluss der KPD

gestärkt. Sie hätte eine Periode revolutionärer Klassenkämpfe eröffnet, in deren Verlauf die Arbeiterbewegung mit einer marxistischen Führung in der Lage gewesen wäre, sich einen sozialistischen Ausweg aus der Krise der Gesellschaft zu schaffen.

Dies lässt die Bedeutung ermeszen, welche der Sieg Stalins über Trotzki und die internationale Linke Opposition für die gesamte Weltgeschichte hatte. Zehn Wochen nach ihrer Wahlniederlage vom November 1932 waren die Nazis an der Macht, und die Katastrophe nahm ihren Lauf. Die politische Spaltung und Desorientierung, die von der Politik der KPD und SPD seit Jahren ausgegangen war, hatte den Widerstand der Arbeiter wirkungslos verpuffen lassen. Den bewusstesten Vertretern der Bourgeoisie war dies nicht verborgen geblieben. Sie waren zu der Auffassung gekommen, sie könnten jetzt auf die Karte Hitler setzen, ohne den Ausbruch großer Kämpfe zu riskieren, die den Gang der Geschäfte stören und in ihrem Ausgang nicht kalkulierbar sein würden.

Auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler sahen sich die Führer der Komintern und der KPD nicht veranlasst, ihre eigene Politik kritisch zu überdenken und zu korrigieren. Im Gegenteil: sie stürzten die Arbeiter vom Regen des ultralinken »Kampfs gegen den Sozialfaschismus« in die Traufe der ultrarechten Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien, der offenen Unterordnung unter bürgerliche Parteien und Regierungen. Hätten KPD und Komintern statt dessen auf der Grundlage von Trotzki's marxistischen Analysen mit der Politik Stalins gebrochen – das Jahrhundert hätte einen völlig anderen Verlauf genommen.

Stalin hatte sich gegen Trotzki durchgesetzt, nicht kraft besserer Argumente, sondern kraft des sozialen Übergewichts, welches die Bürokratie in der Sowjetunion und damit auch in der Kommunistischen Internationale erlangt hatte. Mit jeder Niederlage revolutionärer Erhebungen außerhalb der Sowjetunion – 1923 in Deutschland, 1927 in China –, die durch Stalins Politik herbeigeführt worden war, wurde die Position der Arbeiter auch in der Sowjetunion geschwächt. Die Bürokratie dagegen fühlte sich dadurch in ihrer Stellung umso sicherer und trat immer selbstbewusster auf. Stalin ging daran, mit den Revolutionären im eigenen Land aufzuräumen: erst durch den Ausschluss der von Trotzki geführten Marxisten aus der Partei, dann durch Verbannung, und schließlich, nachdem in Deutschland Hitler die Arbeiterbewegung zerschlagen hatte und die Gefahr einer sozialistischen Revolution vorläufig gebannt war, durch den Massenmord an Kommunisten im Verlaufe der Moskauer Prozesse.

Eine der großen und verhängnisvollen geistigen Fehlleistungen des zu Ende gehenden Jahrhunderts war die Konzeption, dass der Kampf gegen Faschismus und Krieg die Unterstützung der sowjetischen Regierung unter Stalin erfordere. Nur so könnten, lautete das Argument, die Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen den Hauptfeind verteidigt werden. Man müsse ein Bündnis mit der Moskauer Führung schließen oder zumindest jede Kritik an ihr hinunterschlucken. Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Bert Brecht seien stellvertretend für die breite Schicht von Künstlern und Intellektuellen genannt, die in den dreißiger und vierziger Jahren diesem Trugschluss aufgesessen waren. Sie alle hatten ihre Liebe zur Sowjetunion zu einem Zeitpunkt entdeckt, als dort Stalin fest im Sattel saß und die Ideale der Oktoberrevolution im politischen und kulturellen Mief der bürokratischen Herrschaft längst erstickt waren. Talentierte, ja herausragende Persönlichkeiten verwandelten sich durch diese opportunistische Anpassung in politische Jammergestalten und verloren oft genug auch an künstlerischer Größe und Kraft.

In Wirklichkeit ebnete Stalin mit seiner Politik dem Faschismus und Krieg den Weg. Er führte eine soziale und politische Gegenbewegung gegen die Oktoberrevolution, eine Restauration innerhalb der Sowjetunion an. Diese lief mit der terroristischen Reaktion bürgerlicher und kleinbürgerlicher Schichten außerhalb der Sowjetunion auf die Oktoberrevolution und auf revolutionäre Arbeiterkämpfe in Ländern wie Deutschland oder Italien nicht nur zeitlich parallel, sondern hing eng mit ihr zusammen. Fünfzig Jahre später, nach der Vollendung des Restaurationsprozesses durch die Wiedereinführung der Marktwirtschaft und die Auflösung der Sowjetunion, nimmt die Gefahr von neuen imperialistischen Kriegen und faschistischen Bewegungen erneut Gestalt an. Um sich von dieser Tatsache zu überzeugen, genügt es, einen Blick auf den Balkan zu werfen, auf die innere Entwicklung der ehemaligen Sowjetunion und auf den Wettlauf der westlichen Großmächte um die Aufteilung der Beute im Osten.

So findet der Leser in den Schriften Leo Trotzki einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis des vergangenen Jahrhunderts und auch entscheidende Lehren, wie das kommende anders gestaltet und die Menschheit vor einem erneuten Absturz in die Barbarei bewahrt werden kann.

Wolfgang Weber

9. August 1999

Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland

September 1930

Die Ursachen der letzten Wendung

Taktische Wendungen, sogar große, sind in unserer Epoche ganz unvermeidlich. Sie werden durch jähe Wendungen der objektiven Lage hervorgerufen (das Fehlen von stabilen internationalen Beziehungen, scharfe und unregelmäßige Schwankungen der Konjunktur, scharfe Widerspiegelungen der ökonomischen Schwankungen in der Politik, Spontaneität der Massen in dem Gefühl der Ausweglosigkeit usw.). Das aufmerksame Verfolgen jeder Veränderung der objektiven Lage bildet gegenwärtig eine weit wichtigere und gleichzeitig schwierigere Aufgabe, als es vor dem Krieg, in der Epoche der »organischen« Entwicklung des Kapitalismus, der Fall war. Die Parteiführung befindet sich in der Lage eines Chauffeurs, der sein Auto in scharfen Kurven den Berg hinaufsteuert. Bei jeder falschen Wendung, jedem unrichtigen Gang, den er einlegt, drohen den Mitfahrern und dem Wagen die größten Gefahren, wenn nicht der Untergang.

Die Führung der Kommunistischen Internationale (Komintern) hat uns in letzter Zeit etliche Beispiele von sehr schroffen Wendungen gegeben. Die jüngste Wendung haben wir in den letzten Monaten beobachten können. Wodurch werden die Wendungen der Komintern nach Lenin hervorgerufen? Durch Veränderungen der objektiven Lage? Nein. Man kann mit Bestimmtheit behaupten, dass es, angefangen mit dem Jahr 1923, keine einzige taktische Wendung gegeben hat, die von der Komintern rechtzeitig unter dem Einfluss der richtig bewerteten Veränderungen der objektiven Lage vorgenommen worden wäre. Im Gegenteil: jede Wendung war das Ergebnis der unerträglichen Verschärfung der Widersprüche zwischen der Linie der Komintern und der objektiven Lage. Dasselbe können wir auch dieses Mal beobachten.

Das IX. Plenum des Exekutivkomitees (EKKI), der 6. Weltkongress und besonders das X. Plenum der Kommunistischen Internationale nehmen Kurs auf einen jähen und gradlinigen revolutionären Aufschwung (»dritte Periode«). Dieser Aufschwung war damals, nach den

ungeheuren Niederlagen in England, China, nach der Schwächung der Kommunistischen Parteien in der ganzen Welt und besonders unter den Bedingungen des Aufstiegs des Handels und der Industrie, der die wichtigsten kapitalistischen Länder erfasst hatte, durch die gesamte objektive Lage ausgeschlossen. *Die taktische Wendung der Komintern seit Februar 1928 war somit direkt der realen Wendung der historischen Wirklichkeit entgegengesetzt.* Aus diesem Widerspruch heraus entstanden die Tendenzen des Putschismus, die weitere Isolierung der Parteien von den Massen, die Schwächung der Organisationen usw. Erst nachdem diese Erscheinungen einen offen bedrohlichen Charakter angenommen hatten, machte die Führung der Komintern eine neue Wendung, im Februar 1930, eine Wendung zurück und, ausgehend von der Taktik der »dritten Periode«, nach rechts.

Die Ironie des Schicksals, die kein Erbarmen mit einer Politik des Hinter-den-Ereignissen-Herlaufens kennt, wollte es, dass die neue taktische Wendung der Komintern zeitlich mit einer neuen Wendung der objektiven Lage zusammenfällt. Die internationale Krise von unerhörter Schärfe eröffnet zweifellos Perspektiven der Radikalisierung der Massen und sozialer Erschütterungen. Gerade unter solchen Bedingungen könnte und müsste man eine Wendung nach links einschlagen. Das wäre sehr richtig und notwendig, wenn die Führung der Komintern in den letzten drei Jahren die Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges und der revolutionären Ebbe dazu genutzt hätte, um die Positionen der Partei in den Massenorganisationen, vor allem *in den Gewerkschaften*, zu festigen. Unter diesen Bedingungen könnte und müsste der Chauffeur im Jahre 1930 den Wagen vom zweiten in den dritten Gang schalten oder sich wenigstens dazu bereithalten. In Wirklichkeit ist aber gerade ein entgegengesetzter Prozess vor sich gegangen. Um nicht abzustürzen, musste der Chauffeur vom zu früh eingelegten dritten Gang auf den zweiten schalten und das Tempo drosseln, – wann? – unter Bedingungen, die bei einer richtigen strategischen Linie eine *Erhöhung* des Tempos verlangten.

Das ist der schreiende Widerspruch zwischen der taktischen Notwendigkeit und der strategischen Perspektive, ein Widerspruch, in dem sich gegenwärtig, infolge der Logik der Fehler ihrer Führungen, die Kommunistischen Parteien einer Reihe von Ländern befinden.

Am klarsten und gefährlichsten zeigt sich dieser Widerspruch in Deutschland. Hier haben die letzten Wahlen ein äußerst eigenartiges

Kräfteverhältnis aufgedeckt, das nicht nur das Ergebnis der zwei Perioden der deutschen Stabilisierung der Nachkriegszeit, sondern auch der drei Perioden der Fehler der Komintern ist.

Der parlamentarische Sieg der Kommunistischen Partei im Licht der revolutionären Aufgaben

Gegenwärtig stellt die offizielle Presse der Komintern das Ergebnis der deutschen Wahlen als einen grandiosen Sieg des Kommunismus dar, der die Losung »Sowjet-Deutschland« auf die Tagesordnung stellt. Die bürokratischen Optimisten wollen sich nicht in den Sinn des Kräfteverhältnisses hineindenken, das sich in der Wahlstatistik offenbart hat. Sie betrachten das Anwachsen der kommunistischen Stimmenzahl ganz unabhängig von den revolutionären Aufgaben, die die Situation und die durch diese entstandenen Schwierigkeiten erfordern.

Die Kommunistische Partei erhielt 4 600 000 Stimmen gegen 3 300 000 im Jahre 1928. Der Zuwachs von 1 300 000 Stimmen ist vom Standpunkt der »normalen« Parlamentsmechanik, selbst wenn man das Anwachsen der Gesamtwählerzahl berücksichtigt, enorm. Allein, der Stimmengewinn der Partei verblasst vollkommen vor dem Sprung des Faschismus von 800 000 auf 6 400 000 Stimmen. Keine geringere Bedeutung für die Bewertung der Wahlen hat die Tatsache, dass die Sozialdemokratie, trotz erheblicher Verluste, ihren Grundbestand gehalten und noch immer eine wesentlich höhere Anzahl von Arbeiterstimmen erhalten hat als die Kommunistische Partei.

Wenn man sich indessen fragen würde, welche Kombination von internationalen und inneren Bedingungen wäre geeignet, die Arbeiterklasse am stärksten zum Kommunismus zu drängen, so könnte man keine günstigeren Bedingungen für eine solche Wendung anführen als die gegenwärtige Lage in Deutschland: die Schlinge des Young-Plans, der Zerfall der regierenden Schichten, die Krise des Parlamentarismus, die erschreckende Selbstentlarvung der Sozialdemokratie in der Regierung. Vom Standpunkt dieser konkreten historischen Bedingungen bleibt das spezifische Gewicht der deutschen Kommunistischen Partei im öffentlichen Leben des Landes trotz der Eroberung der 1 300 000 Stimmen unverhältnismäßig gering.

Die Schwäche der Positionen des Kommunismus, welche unauf löslich mit der Politik und dem Regime der Komintern verbunden sind,

wird noch greller beleuchtet, wenn wir das gegenwärtige soziale Gewicht der Kommunistischen Partei jenen konkreten und unaufschiebbaren Aufgaben gegenüberstellen, die ihr durch die gegenwärtigen historischen Bedingungen gestellt werden.

Gewiss, die Kommunistische Partei hat einen solchen Zuwachs selbst nicht erwartet. Doch das beweist, dass die Führung der Kommunistischen Partei unter den Schlägen der Fehler und Niederlagen nicht mehr gewöhnt ist, große Ziele und Perspektiven zu haben. Wenn sie gestern noch ihre eigenen Möglichkeiten unterschätzt hat, so unterschätzt sie heute wiederum die Schwierigkeiten. So verstärkt die eine Gefahr die andere.

Indessen ist doch die wichtigste Eigenschaft einer wirklich revolutionären Partei, der Wirklichkeit ins Auge zu schauen.

Die Schwankungen der Großbourgeoisie

Bei jeder Wendung der Geschichte, bei jeder sozialen Krise muss man immer wieder die Frage der gegenseitigen Beziehungen der drei Klassen der heutigen Gesellschaft überprüfen: der *Großbourgeoisie*, geführt vom Finanzkapital, der *Kleinbourgeoisie*, welche zwischen den zwei Hauptlagern schwankt, und endlich des *Proletariats*.

Die Großbourgeoisie, die den kleinsten Teil der Nation bildet, kann ihre Macht nicht halten, wenn sie sich nicht auf die Kleinbourgeoisie in Stadt und Land, d. h. auf die Reste des alten und auf die Massen des neuen Mittelstandes stützen kann. Diese ihre Stütze nimmt in der gegenwärtigen Epoche zwei Grundformen an, die politisch einander entgegengesetzt sind, historisch aber einander ergänzen: die *Sozialdemokratie* und der *Faschismus*. In der Sozialdemokratie führt die Kleinbourgeoisie, die dem Finanzkapital folgt, Millionen von Arbeitern hinter sich.

Gegenwärtig schwankt die deutsche *Großbourgeoisie* und ist zersplittert. Ihre Zwiespältigkeit besteht in der Frage, welche von zwei Heilmethoden sie bei der aktuellen sozialen Krise anwenden soll. Die sozialdemokratische Therapie stößt den einen Teil der Großbourgeoisie durch die Unzuverlässigkeit ihrer Ergebnisse und durch die Gefahr allzu großer Unkosten zurück (Steuer, soziale Gesetzgebung, Arbeitslohn usw.). Der chirurgische Eingriff der Faschisten scheint dem andern Teil der Lage nicht entsprechend und allzu riskant. Mit anderen

Worten, die Finanzbourgeoisie als Ganzes schwankt in der Einschätzung der Lage und sieht noch keine ausreichende Ursache, den Eintritt ihrer »dritten Periode« anzukündigen, bei der die Sozialdemokratie bedingungslos durch den Faschismus ersetzt wird; bei dieser Generalabrechnung wird die Sozialdemokratie bekanntlich für die von ihr erwiesenen Dienste einem allgemeinen Pogrom zum Opfer fallen. Die Schwankungen der Großbourgeoisie zwischen der Sozialdemokratie und dem Faschismus sind bei gleichzeitiger Schwächung ihrer wichtigsten Parteien ein ganz deutliches Symptom einer vorrevolutionären Situation. Bei Eintritt einer wirklich revolutionären Situation würden diese Schwankungen natürlich sofort aufhören.

Die Kleinbourgeoisie und der Faschismus

Damit die soziale Krise zu einer sozialen Revolution führen kann, ist es notwendig, dass außer sonstigen Bedingungen eine entscheidende Verschiebung der kleinbürgerlichen Klassen auf die Seite des Proletariats stattfindet. Das gibt dem Proletariat die Möglichkeit, als deren Führer an die Spitze der Nation zu treten. Die letzten Wahlen offenbaren – und darin besteht ihre hauptsächlich symptomatische Bedeutung – eine entgegengesetzte Verschiebung. Unter den Schlägen der Krise neigte sich das Kleinbürgertum nicht zur Seite der proletarischen Revolution, sondern zur Seite der äußersten imperialistischen Reaktion, und zog dabei bedeutende Schichten des Proletariats mit sich.

Das gigantische Anwachsen des Nationalsozialismus ist der Ausdruck zweier Tatsachen: der tiefen sozialen Krise, die die kleinbürgerlichen Massen aus dem Gleichgewicht bringt, und des Fehlens einer solchen revolutionären Partei, die schon heute in den Augen der Volksmassen der berufene revolutionäre Führer wäre. Wenn die Kommunistische Partei die Partei der *revolutionären Hoffnungen* ist, so ist der Faschismus als Massenbewegung die Partei der *konterrevolutionären Verzweiflung*. Wenn die revolutionäre Hoffnung das gesamte proletarische Lager ergreift, so zieht es unfehlbar bedeutende und stets anwachsende Kräfte der Kleinbourgeoisie auf den Weg der Revolution hinter sich her. Gerade auf diesem Gebiet zeigen die Wahlen ein ganz entgegengesetztes Bild: Die konterrevolutionäre Verzweiflung hat die kleinbürgerliche Masse mit einer solchen Gewalt erfasst, dass diese bedeutende Schichten des Proletariats mit sich zog.

Wie lässt sich das erklären? In der Vergangenheit haben wir ein starkes Anwachsen des Faschismus (Italien, Deutschland) als Ergebnis einer erschöpften oder verpassten revolutionären Situation beobachtet, einer Situation am Ende einer revolutionären Krise, in deren Verlauf die proletarische Avantgarde sich als unfähig erwiesen hatte, an die Spitze der Nation zu treten, um das Schicksal aller ihrer Klassen, darunter auch der Kleinbourgeoisie, zu ändern. Gerade das verlieh dem Faschismus in Italien seine besondere Kraft. Doch gegenwärtig handelt es sich in Deutschland nicht um den Ausgang einer revolutionären Krise, sondern nur um deren Herannahen. Daraus folgern die führenden Parteibeamten als Optimisten vom Dienst, dass der Faschismus unfehlbar zu einer raschen Niederlage verurteilt sei, da er »zu spät« gekommen sei (*Rote Fahne*). Diese Leute wollen nichts lernen. Der Faschismus kommt noch früh genug – noch bei Tagesgrauen – zur neuen revolutionären Krise. Der Umstand, dass der Faschismus eine derartig mächtige Ausgangsposition bereits am Vorabend der revolutionären Periode und nicht erst an deren Ausgang einnehmen konnte, ist nicht seine Schwäche, sondern die Schwäche des Kommunismus. Die Kleinbourgeoisie wartet also nicht erst neue Enttäuschungen über die Fähigkeiten der Kommunistischen Partei ab, ihr Schicksal zu verbessern. Sie stützt sich auf die Erfahrungen der Vergangenheit, sie erinnert sich an die Lehren von 1923, an die Bocksprünge des ultralinken Kurses von Maslow und Thälmann, an die opportunistische Kraftlosigkeit desselben Thälmann, an das Geschwätz von der »dritten Periode« usw. Endlich – und das ist das Wichtigste – wird ihr Unglaube an die proletarische Revolution durch den Unglauben an die Kommunistische Partei von seiten der Millionen sozialdemokratischer Arbeiter genährt. Selbst ein Kleinbürgertum, das völlig durch die Ereignisse aus der konservativen Bahn geschleudert worden ist, kann sich nur dann auf die Seite der sozialen Revolution schlagen, wenn sich auf dieser Seite die Sympathie der Mehrheit der Arbeiter befindet. *Gerade diese wichtigste Bedingung fehlt in Deutschland noch.* Und sie fehlt nicht zufällig.

Die Programmerkklärung der deutschen Kommunistischen Partei vor den Wahlen war voll und ganz dem Faschismus als dem Hauptfeind gewidmet. Indessen ist der Faschismus als Sieger hervorgegangen, nachdem er nicht nur Millionen halbproletarischer Elemente, sondern auch Hunderttausende von Industriearbeitern gesammelt hat. Gerade darin zeigt sich jene Tatsache, dass trotz des parlamentarischen Sieges

der Partei die proletarische Revolution insgesamt bei diesen Wahlen eine ernste Niederlage erlitten hat, natürlich nur eine Niederlage von vorläufigem, warnendem, aber nicht entscheidendem Charakter. Aber diese Niederlage kann entscheidend werden und wird unweigerlich entscheidend werden, wenn die Kommunistische Partei es nicht versteht, ihren isolierten parlamentarischen Sieg in Verbindung mit der obengenannten »vorläufigen« Niederlage der Revolution im Ganzen einzuschätzen und daraus alle notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Der Faschismus ist in Deutschland zu einer wirklichen Gefahr geworden als Ausdruck der akuten Ausweglosigkeit des bürgerlichen Regimes, der konservativen Rolle der Sozialdemokratie gegenüber diesem Regime und der akkumulierten Schwäche der Kommunistischen Partei im Kampf gegen dieses Regime. Wer das ableugnet, ist blind oder ein Schwätzer!

Im Jahre 1923 hat Brandler, entgegen unseren Warnungen, die Kräfte des Faschismus ungeheuer überschätzt. Aus dieser falschen Einschätzung des Kräfteverhältnisses ergab sich die abwartende, ausweichende, abwehrende und feige Politik. Das hat die Revolution zugrunde gerichtet. Solche Ereignisse müssen im Bewusstsein aller Klassen des Volkes Spuren hinterlassen. Die Überschätzung des Faschismus durch die Kommunistische Führung hat eine der Vorbedingungen für dessen weitere Verstärkung geschaffen. Der entgegengesetzte Fehler, die Unterschätzung des Faschismus von Seiten der gegenwärtigen Führung der Kommunistischen Partei kann die Revolution zu einer noch schwereren Katastrophe führen, an deren Folgen sie lange Zeit leiden wird.

Die Gefahr bekommt eine besondere Schärfe in Verbindung mit der Frage des *Entwicklungstempos*, das nicht allein von uns abhängt. Der malariaartige Charakter der politischen Kurve, der sich bei den Wahlen zeigte, spricht dafür, dass sich das Entwicklungstempo der nationalen Krise als sehr rasch erweisen kann. Mit anderen Worten, die Ereignisse können schon in der nächsten Zeit in Deutschland auf einer neuen historischen Höhe den alten tragischen Widerspruch zwischen einer reifen revolutionären Situation einerseits und der Schwäche und strategischen Unzulänglichkeit der revolutionären Partei andererseits entstehen lassen. Man muss das klar, offen und vor allen Dingen rechtzeitig aussprechen!

Die Kommunistische Partei und die Arbeiterklasse

Es wäre ein ungeheuerlicher Fehler, wenn man sich damit trösten wollte, dass z. B. die Bolschewistische Partei 1917 nach der Ankunft Lenins, als sie sich erst zur Eroberung der Macht rüstete, weniger als 80 000 Mitglieder zählte und sogar in Petrograd nicht mehr als ein Drittel der Arbeiter und noch weit weniger Soldaten hinter sich führte. Die Lage in Russland war eine ganz andere. Die revolutionären Parteien waren erst im März aus der Illegalität hervorgetreten, nachdem sogar das erdrosselte politische Leben von vor dem Krieg beinahe drei Jahre lang unterbrochen worden war. Die Arbeiterklasse hat sich im Laufe des Kriegs um 40 Prozent erneuert. Die überwiegende Mehrheit des Proletariats kannte die Bolschewiki gar nicht, sie hatte nicht einmal von ihnen gehört. Die Stimmen für die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre im März bis Juni waren einfach nur ein Ausdruck der ersten schwankenden Schritte nach dem Erwachen. In diesem Wahlverhalten war nicht einmal der Schatten einer Enttäuschung über die Bolschewiki oder eines aufgespeicherten Misstrauens diesen gegenüber enthalten. Ein solches Misstrauen kann nur infolge der Fehler der Partei entstehen, die die Masse am eigenen Leibe erfahren hat. Im Gegenteil, jeder Tag der revolutionären Erfahrungen von 1917 stieß die Massen von den Sozialverrätern auf die Seite der Bolschewiki. Daraus folgte das stürmische, unaufhaltsame Wachsen der Reihen der Partei und besonders ihres Einflusses.

Die Lage in Deutschland hat in dieser Beziehung einen grundverschiedenen Charakter. Die deutsche Kommunistische Partei hat nicht erst seit gestern oder vorgestern die offene Bühne betreten. 1923 stand die Mehrheit der Arbeiterklasse halb oder ganz offen auf Seiten der Kommunistischen Partei. Die Partei erhielt 1924 beim Abebben der revolutionären Welle 3 600 000 Stimmen. Das ist ein größerer Prozentsatz der Arbeiterklasse, als es gegenwärtig der Fall ist. Das bedeutet, dass sowohl jene Arbeiter, die bei der Sozialdemokratie geblieben sind, als auch jene, welche diesmal für die Nationalsozialisten gestimmt haben, nicht aus Unkenntnis so gehandelt haben, nicht etwa deshalb, weil sie erst gestern erwacht sind oder noch nicht erfahren haben, was die Kommunistische Partei ist, sondern deshalb, weil sie auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre *nicht mehr* an die Kommunistische Partei glauben.

Wir dürfen nicht vergessen, dass im Februar 1928 das IX. EKKI-Plenum das Signal zu einem verstärkten, außerordentlichen, unversöhnlichen Kampf gegen die »Sozial-Faschisten« gegeben hat. Die deutsche Sozialdemokratie befand sich seitdem fast ständig an der Macht, wobei sie bei jedem ihrer Schritte ihre verräterische und schädliche Rolle vor den Massen offenbarte. Das alles wurde zuletzt von einer grandiosen wirtschaftlichen Krise gekrönt. Es ist schwer, sich eine günstigere Bedingung für die Schwächung der Sozialdemokratie zu denken. Diese hat indessen im Grunde ihre Positionen bewahrt. Wie kann man diese erstaunliche Tatsache erklären? Nur dadurch, dass die Führung der Kommunistischen Partei durch ihre gesamte Politik die Sozialdemokratie deckte, indem sie diese von links stützte.

Das bedeutet durchaus nicht, dass die fünf bis sechs Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, die für die Sozialdemokratie gestimmt haben, dieser dadurch ihr volles und unbegrenztes Vertrauen ausgedrückt haben. Man soll diese sozialdemokratischen Arbeiter nicht für Blinde halten. Sie sind nicht so naiv in Bezug auf ihre Führer, aber sie sehen in der gegenwärtigen Lage keinen anderen Ausweg. Wir sprechen natürlich nicht von der Arbeiteraristokratie und -bürokratie, sondern von den einfachen Arbeitern. Die Politik der Kommunistischen Partei flößt ihnen nicht darum kein Vertrauen ein, weil die Kommunistische Partei eine revolutionäre Partei ist, sondern darum, weil sie nicht an deren Fähigkeit glauben, den revolutionären Sieg zu erringen, und nicht umsonst ihren Kopf riskieren wollen. *Solche Arbeiter drücken, indem sie schweren Herzens für die Sozialdemokratie stimmen, nicht ihr Vertrauen zu dieser aus, sondern ihr Misstrauen gegenüber der Kommunistischen Partei.* Darin besteht der ungeheure Unterschied zwischen der gegenwärtigen Lage der deutschen Kommunisten und der Lage der russischen Bolschewiki 1917.

Doch damit allein sind die Schwierigkeiten nicht erschöpft. Innerhalb der Kommunistischen Partei selbst, besonders unter ihren Sympathisanten oder auch nur den für sie stimmenden Arbeitern, gibt es eine Menge von verhaltenem Misstrauen gegen die Führung der Partei. Daraus entsteht die »Disproportion« zwischen dem allgemeinen Einfluss der Partei und ihrer zahlenmäßigen Größe und besonders ihrer Rolle in den Gewerkschaften. In Deutschland gibt es zweifellos ein derartiges Ungleichgewicht. Offiziell erklärt man dieses damit, dass die Partei es nicht versteht, ihren Einfluss organisatorisch zu »erfassen«. Hier wird die Masse als rein passives Material betrachtet, dessen Eintritt oder

Nichteintritt in die Partei ausschließlich davon abhängt, ob der betreffende Parteisekretär es versteht, jeden einzelnen Arbeiter am Kragen zu packen. Die Bürokraten können nicht begreifen, dass die Arbeiter ihre eigenen Gedanken, eigenen Erfahrungen, ihren eigenen Willen und ihre eigene aktive oder passive Politik gegenüber der Partei verfolgen. Die Arbeiter stimmen für die Partei, für deren Fahne, für die Oktoberrevolution, für ihre eigene zukünftige Revolution. Doch indem sie sich weigern, in die Kommunistische Partei einzutreten oder ihr im Gewerkschaftskampf zu folgen, sagen sie damit, dass sie kein Vertrauen zu der Tagespolitik der Partei haben. Diese »Disproportion« ist folglich letzten Endes eine Form der Massen, ihr Misstrauen gegenüber der gegenwärtigen Führung der Komintern zum Ausdruck zu bringen. *Dieses Misstrauen ist durch die Fehler, Niederlagen, Fälschungen und den direkten Betrug der Massen im Laufe der Jahre 1923 bis 1930 entstanden und gefestigt worden.* Es stellt eines der größten Hindernisse auf dem Weg des Sieges der proletarischen Revolution dar.

Ohne inneres Selbstvertrauen wird die Partei niemals die Klasse erobern können. Ohne das Proletariat erobert zu haben, wird es ihr nicht gelingen, die kleinbürgerlichen Massen vom Faschismus loszureißen. Das eine ist untrennbar mit dem anderen verbunden.

Zurück zur »zweiten« Periode oder der »dritten« entgegen?

Wenn man die offizielle Terminologie des Zentrismus benutzen würde, so müsste man das Problem folgendermaßen formulieren: Die Führung der Komintern hat den nationalen Sektionen die Taktik der »dritten« Periode, d. h. die Taktik für den unmittelbaren revolutionären Aufschwung, gerade in einer Zeit (1928) aufgedrängt, die besonders deutliche Züge der »zweiten« Periode enthielt, d. h. einer Periode der Stabilisierung der Bourgeoisie, des Abebbens der revolutionären Welle. Die daraus entstandene Wendung von 1930 bedeutet den Verzicht auf die Taktik der »dritten« Periode zugunsten der Taktik der »zweiten« Periode. Diese Wendung hat sich aber ihren Weg über den bürokratischen Apparat erst in einem solchen Augenblick gebahnt, als die wichtigsten Symptome, wenigstens in Deutschland, bereits deutlich eine wirkliche Annäherung der »dritten« Periode anzeigten. Geht daraus nicht die Notwendigkeit einer neuen taktischen Wendung – zugunsten der eben erst verlassenenen »dritten« Periode – hervor?

Wir benutzen diese Bezeichnungen, um die Problemstellung selbst für jene Kreise, deren Bewusstsein durch die Methodologie und Terminologie der zentristischen Bürokratie verkleistert ist, zugänglicher zu machen. Wir beabsichtigen aber keineswegs, uns diese Terminologie, hinter der die Vereinigung des Stalinschen Bürokratismus mit der Bucharinschen Metaphysik steckt, anzueignen. Wir lehnen die apokalyptische Vorstellung von der »dritten« Periode als einer letzten ab; die Anzahl der Perioden bis zum Sieg des Proletariats ist eine Frage des Kräfteverhältnisses und der Änderung der Lage. Das alles kann nur durch die *Tat* erwiesen werden. Wir lehnen das Wesen des strategischen Schematismus mit seiner Numerierung der Perioden ab, denn es gibt keine abstrakte, von vornherein festgelegte Taktik für eine »zweite« und für eine »dritte« Periode. Gewiss, man kann den Sieg und die Eroberung der Macht nicht ohne einen bewaffneten Aufstand erlangen. Aber wie kommt man zu einem bewaffneten Aufstand? Mit welchen Methoden, in welchem Tempo man die Massen mobilisieren soll, das hängt nicht nur von der objektiven Lage überhaupt ab, sondern vor allen Dingen von dem Zustand, in dem sich das Proletariat beim Eintritt der sozialen Krise im Lande befindet, von den Verhältnissen zwischen den Parteien und den Klassen, zwischen dem Proletariat und der Kleinbourgeoisie usw. Der Zustand des Proletariats am Vorabend der »dritten« Periode hängt seinerseits davon ab, welche Taktik die Partei in der vorangegangenen Periode angewandt hat.

Eine normale und natürliche Veränderung der Taktik bei der gegenwärtigen Wendung der Lage in Deutschland müsste *eine Erhöhung des Tempos, eine Verschärfung der Kampfparolen und Methoden sein.*

Allein diese taktische Wendung wäre nur dann normal und natürlich gewesen, wenn das Tempo und die Kampfparolen von gestern den Bedingungen der vorangegangenen Periode entsprochen hätten. Doch davon konnte keine Rede sein! Der scharfe Widerspruch zwischen der ultralinken Politik und der stabilisierten Lage war ja gerade der Grund für die taktische Wendung. Das Ergebnis war, dass in dem Augenblick, als die neue Wendung der objektiven Lage zugleich mit der ungünstigen allgemeinen Umgruppierung der politischen Kräfte dem Kommunismus einen großen Stimmengewinn brachte, die Partei strategisch und taktisch noch desorientierter, verwirrter und unklarer war als jemals zuvor.

Um diese Widersprüche zu erklären, in die die deutsche Kommunistische Partei – genauso wie die meisten anderen Sektionen der Komintern, nur noch weit tiefer – geraten ist, wollen wir einen ganz einfachen Vergleich vornehmen. Um über eine Barriere zu springen, muss man vorher einen Anlauf nehmen. Je höher die Barriere ist, umso wichtiger ist es, diesen Anlauf rechtzeitig zu beginnen, nicht zu spät und nicht zu früh, damit man sich dem Hindernis mit dem nötigen Schwung nähern kann. *Die deutsche KP hat aber seit Februar 1928, besonders aber seit Juli 1929, nichts anderes getan, als Anlauf genommen.* Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass der Partei der Atem auszugehen droht und sie kaum noch die Füße vorwärtsschleppen kann. Endlich hat die Komintern »Kürzer treten!« befohlen. Kaum aber hat die außer Atem geratene Partei begonnen, normales Schritt-Tempo einzuschlagen, wird vor ihr offensichtlich die Silhouette keiner erdachten, sondern einer wirklichen Barriere sichtbar, die einen revolutionären Sprung erfordern kann. Genügt die Entfernung noch für einen Anlauf? Soll man auf die Wendung verzichten und in die entgegengesetzte Richtung laufen? Das sind die taktischen und strategischen Fragen, die sich nun in ihrer ganzen Schärfe der deutschen Partei stellen.

Damit die führenden Parteikader die richtige Antwort auf diese Frage finden können, müssen sie die Möglichkeit haben, den nächsten Wegabschnitt in Verbindung mit der gesamten Strategie der letzten Jahre und deren Folgen, die sich in den letzten Wahlen gezeigt haben, einzuschätzen. Wenn es aber umgekehrt der Bürokratie durch ihr Geschrei vom Sieg gelingt, die Stimme der Selbstkritik zu ersticken, so würde das unfehlbar das Proletariat zu einer noch schrecklicheren Katastrophe führen, als es 1923 der Fall war.

Die möglichen Varianten der weiteren Entwicklung

Die revolutionäre Situation, in der das Proletariat unmittelbar vor der Aufgabe der Machteroberung steht, setzt sich aus objektiven und subjektiven Elementen zusammen, die miteinander verbunden sind und in bedeutendem Maße voneinander abhängen. Doch diese gegenseitige Bedingtheit ist relativ. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung erstreckt sich auch auf die Faktoren der revolutionären Situation. Die ungenügende Entwicklung eines der Faktoren kann dazu

führen, dass entweder die revolutionäre Situation überhaupt nicht zum Ausbruch kommt, sondern im Sande verläuft, oder, wenn sie zum Ausbruch kommt, mit der Niederlage der revolutionären Klasse endet. Wie ist in dieser Beziehung die Lage in Deutschland?

1. Die tiefe nationale Krise (die Wirtschaft, die internationale Lage) ist unbedingt vorhanden. Auf dem normalen Weg des bürgerlich-parlamentarischen Regimes ist ein Ausweg nicht zu sehen.

2. Die politische Krise der herrschenden Klasse und ihres Regierungssystems ist zweifellos da. Das ist keine parlamentarische Krise, sondern eine Krise der Klassenherrschaft.

3. Die revolutionäre Klasse ist jedoch in ihrem Innern durch tiefe Widersprüche zersplittert. Die Verstärkung der revolutionären Partei auf Kosten der reformistischen befindet sich noch im Anfangsstadium und geht in einem Tempo vor sich, welches der gegenwärtigen Tiefe der Krise bei weitem nicht entspricht.

4. Das Kleinbürgertum hat bereits bei Beginn der Krise eine Stellung eingenommen, die das *gegenwärtige System* der Herrschaft des Kapitals bedroht, aber gleichzeitig eine tödliche Feindschaft gegenüber der proletarischen Revolution in sich birgt.

Mit anderen Worten, die wichtigsten objektiven Vorbedingungen der proletarischen Revolution sind vorhanden. Vorhanden ist eine ihrer politischen Vorbedingungen (der Zustand der regierenden Klasse). Die andere der politischen Vorbedingungen (der Zustand des Proletariats) hat erst begonnen, sich zugunsten der Revolution zu verändern und kann sich – ein Erbe der Vergangenheit – nicht rasch verändern. Die dritte politische Vorbedingung endlich (der Zustand des Kleinbürgertums) neigt sich nicht zugunsten der proletarischen Revolution, sondern zugunsten der bürgerlichen Konterrevolution. Eine Änderung dieser letzten Vorbedingung zur günstigen Seite hin kann nur durch eine radikale Änderung im Proletariat selbst erreicht werden, d. h. durch die politische Liquidierung der Sozialdemokratie.

Wir haben somit eine sehr widerspruchsvolle Lage. Der eine ihrer Faktoren stellt die proletarische Revolution auf die Tagesordnung, die anderen Faktoren dagegen schließen die Möglichkeit eines Sieges der proletarischen Revolution für die nächste Periode, d. h. ohne eine vorhergehende tiefe Veränderung im politischen Kräfteverhältnis, aus.

Theoretisch sind für die weitere Entwicklung der jetzigen Lage in Deutschland mehrere Varianten denkbar, die sowohl von objektiven

Gründen, zu denen auch die Politik der Klassenfeinde gehört, wie auch von der Haltung der Kommunistischen Partei selbst abhängig sind.

Wir zeichnen hier ein Schema von vier möglichen Entwicklungsvarianten auf:

1. Die Kommunistische Partei, erschrocken vor ihrer eigenen Strategie der »dritten Periode«, geht tastend, mit äußerster Vorsicht unter Vermeidung jedes gewagten Schrittes vor und verpasst *kampflos* die revolutionäre Situation. Das würde eine Neuauflage der Politik Brandlers von 1921 bis 1923 bedeuten. In diese Richtung, die den Druck der Sozialdemokratie widerspiegelt, stoßen sie die Brandlerianer und Halb-Brandlerianer innerhalb und außerhalb der Partei.

2. Unter dem Einfluss des Wahlerfolges wird die Partei im Gegenteil eine neue, schroffe Wendung nach links zum direkten Kampf um die Macht vornehmen und wird als Partei der aktiven Minderheit eine katastrophale Niederlage erleiden. In diese Richtung stoßen sie der Faschismus und die Schreienden, Dummen, Gedankenlosen, Unaufgeklärten und von der Agitation des Apparats Betäubten, aber auch die Verzweiflung und Ungeduld eines Teiles der Arbeiterklasse, besonders der arbeitslosen Jugend.

3. Weiter ist es möglich, dass die Führung, sich alle Möglichkeiten offen haltend, versuchen wird, empirisch die mittlere Linie zwischen den beiden Varianten zu finden. Sie wird dabei eine Reihe neuer Fehler begehen und nur so langsam das Misstrauen des Proletariats und der halbproletarischen Massen zu überwinden beginnen, dass sich unterdessen die objektiven Bedingungen bereits nach einer für die Revolution ungünstigen Seite hin verändert haben und einer *neuen Stabilisierungswelle* Platz machen werden. In diese eklektische Richtung, die eine Politik des Hinter-den-Ereignissen-Herlaufens teilweise mit Abenteuern kombiniert, wird die deutsche Partei hauptsächlich durch die Stalinsche Führung in Moskau gestoßen. Diese fürchtet sich, eine klare Haltung einzunehmen und will sich von vornherein ein Alibi verschaffen, d. h. die Möglichkeit offen halten, die Verantwortung auf die »Ausführenden« – nach rechts oder nach links, je nach den Ergebnissen – abzuwälzen. Eine solche Politik, die die internationalen historischen Interessen des Proletariats im Interesse des »Prestiges« der bürokratischen Führung opfert, ist uns ausreichend bekannt. Theoretische Voraussetzungen eines solchen Kurses sind bereits in der *Prawda* vom 16. September enthalten.

4. Endlich die günstige, oder richtiger gesagt, die *einzig günstige Möglichkeit*: die deutsche Partei legt sich mit Hilfe ihrer besten, bewusstesten Elemente klare Rechenschaft über alle Widersprüche der gegenwärtigen Situation ab. Es gelingt der Partei durch eine richtige, kühne, geschmeidige Politik, noch auf der Grundlage der jetzigen Situation die Mehrheit des Proletariats zu vereinen und eine Frontänderung der halbproletarischen und der am meisten geknechteten kleinbürgerlichen Massen zu erzwingen. Die proletarische Avantgarde, die Führerin des werktätigen und geknechteten Volkes, erringt den Sieg. Der Partei zu helfen, ihre Politik in diese Richtung zu verlegen, ist die Aufgabe der Bolschewiki-Leninisten (Linke Opposition).

Es wäre fruchtlos, raten zu wollen, welche dieser Möglichkeiten die meisten Chancen auf Verwirklichung in der nächsten Periode besitzt. Derartige Fragen werden nicht durch Rätselraten, sondern durch Kampf gelöst.

Eines der wichtigsten Elemente dieses Kampfs bildet der unveröhnliche ideologische Kampf gegen die zentristische Führung der Komintern. Aus Moskau hat man bereits das Signal für die bürokratische Prestigepolitik gegeben, die die Fehler von gestern deckt und durch ihr falsches Geschrei von dem neuen Triumph der Parteilinie die Fehler von morgen vorbereitet. Während die *Prawda* den Sieg der Partei ungeheuer übertreibt und die Schwierigkeiten ungeheuer verkleinert, dabei sogar die Erfolge der Faschisten als einen positiven Faktor der Revolution auslegt, macht sie aber eine kleine Einschränkung: »Die Erfolge der Partei dürfen ihr nicht zu Kopf steigen.« Die treubruchige Politik der Stalinschen Politik bleibt sich auch hier gleich. Die Analyse der Lage wird im Geist eines unkritischen Ultralinkstums gegeben. Die Partei wird dadurch bewusst auf den Weg des Putschismus gestoßen. Zu gleicher Zeit bereitet sich Stalin mit Hilfe der rituellen Phrase über das »zu Kopf Steigen« ein Alibi vor. Gerade diese kurzsichtige und unehrliche Politik kann der deutschen Revolution den Untergang bringen.

Wo ist der Ausweg?

Wir haben weiter oben ohne jede Einschränkung und Schönfärberei eine Analyse der Schwierigkeiten und Gefahren gegeben. Sie bezieht sich ganz auf die subjektive Sphäre in der Politik, die vor allem aus den Fehlern und Verbrechen der Epigonenführung entstanden ist und die

heute offensichtlich die revolutionäre Situation, die vor unseren Augen entsteht, zu sprengen droht. Die bürokratischen Beamten werden entweder vor unserer Analyse die Augen verschließen oder sie werden ihren Vorrat an Beschimpfungen erneuern. Allein es geht hier nicht um die hoffnungslosen Bürokraten, sondern um das Schicksal des deutschen Proletariats. Es gibt in der Partei, einschließlich des Apparats, genügend Leute, die beobachten und denken und die durch die zugespitzte Lage morgen gezwungen werden, mit doppeltem Eifer nachzudenken. An sie wenden wir uns auch mit unserer Analyse und unseren Schlussfolgerungen.

Jede kritische Lage birgt in sich eine Quelle von Unvorhergesehenem. Stimmungen, Ansichten und Kräfte, feindselige oder freundschaftliche, bilden sich erst im Verlauf des Prozesses der Krise selbst. Man kann sie nicht mathematisch vorausberechnen. Man muss sie im Prozess des Kampfs, durch den Kampf bewerten und auf Grund dieser lebendigen Einschätzungen die notwendigen Korrekturen an der eigenen Politik vornehmen.

Kann man im Voraus die Stärke des konservativen Widerstandes der sozialdemokratischen Arbeiter berechnen? Nein! Diese Kraft erscheint im Licht der Ereignisse der letzten Jahre gigantisch. Jedoch das Wesen der Sache besteht gerade darin, dass der Zusammenhalt der Sozialdemokratie am allermeisten durch die falsche Politik der Kommunistischen Partei begünstigt wurde, jener Politik, deren höchste Ausdrucksform die unsinnige Theorie vom Sozialfaschismus bildete. Um die wirkliche Widerstandsfähigkeit der sozialdemokratischen Reihen berechnen zu können, braucht man ein anderes Messgerät, d. h. eine richtige kommunistische Taktik. Unter dieser Bedingung – und das ist nicht zu unterschätzen – kann sich in einer verhältnismäßig kurzen Frist herausstellen, bis zu welchem Grad die Sozialdemokratie im Innern zersetzt ist.

In einer anderen Form bezieht sich das oben Gesagte auch auf den Faschismus. Neben sonstigen vorhandenen Bedingungen ist der Faschismus auf der Hefe der Sinowjew-Stalinschen Strategie aufgegangen. Wie stark ist seine Angriffskraft? Wie ist seine Widerstandsfähigkeit? Hat er bereits den Zenit erreicht, wie das uns die Berufsoptimisten versichern, oder befindet er sich erst auf der ersten Stufe? Das kann man nicht mechanisch voraussagen. Das kann man nur durch die Tat bestimmen. Gerade in Bezug auf den Faschismus, der ein Rasiermesser in den

Händen des Klassenfeindes darstellt, kann eine falsche Politik der Kommunistischen Partei in sehr kurzer Frist zu fatalen Ergebnissen führen. Andererseits kann die richtige Politik, wenn auch freilich nicht in einer ganz so kurzen Frist, die Positionen des Faschismus untergraben.

Eine revolutionäre Partei ist während der Krisen eines Regimes stärker im außerparlamentarischen Massenkampf als im Rahmen des Parlamentarismus. Aber wiederum nur unter einer einzigen Bedingung: Die Partei muss die Lage richtig einschätzen und es verstehen, die lebendigen Bedürfnisse der Massen mit der Aufgabe der Eroberung der Macht zu verbinden. *Das ist jetzt der Kernpunkt der ganzen Sache.*

Es wäre deshalb der größte Fehler, wenn man in der gegenwärtigen Lage Deutschlands nur Schwierigkeiten und Gefahren sehen wollte. Nein, die Lage eröffnet auch ungeheure Möglichkeiten unter der Bedingung, dass man sie klar und bis zu Ende erfasst und richtig ausnutzt.

Was ist dazu notwendig?

1. Die erzwungene Wendung nach »rechts«, während die Lage eine Wendung nach »links« macht, verlangt eine besonders aufmerksame, gewissenhafte und verständnisvolle Beobachtung der weiteren Veränderung sämtlicher Faktoren der Lage.

Man muss die abstrakte Gegenüberstellung der Methoden der »zweiten« und »dritten« Periode über Bord werfen. Man muss die Situation so nehmen, wie sie ist, mit allen ihren Widersprüchen und der lebendigen Dynamik ihrer Entwicklung. Man muss sich aufmerksam an die realen Veränderungen der Lage anpassen und auf sie in der Richtung ihrer wirklichen Entwicklung einwirken, jedoch nicht nach dem Schema von Molotow und Kuusinen.

Sich in der Lage orientieren zu können, ist der wichtigste und schwierigste Teil der Aufgabe. Mit bürokratischen Methoden ist diese Aufgabe nicht zu lösen. Die Statistik, so wichtig diese an sich auch ist, ist für diesen Zweck unwichtig. Man muss tagtäglich die verborgenen Wunden des Proletariats und der Arbeitenden überhaupt untersuchen. Man muss nicht nur lebendige und packende Losungen aufstellen, sondern auch darauf achten, welchen Widerhall sie in den Massen finden. Das kann man nur durch eine aktive Partei erreichen, die überallhin ihre Zehntausende Fühlhörner ausstreckt, Erkenntnisse sammelt, über alle Fragen diskutiert und aktiv ihre kollektive Ansicht herausarbeitet.

2. Untrennbar ist damit die Frage des Parteiregimes verbunden. Leute, die ganz unabhängig vom Vertrauen oder Misstrauen der Partei von Moskau ernannt werden, vermögen nicht die Massen zum Sturm auf die kapitalistische Gesellschaft zu führen. Je künstlicher das gegenwärtige Regime ist, desto tiefer wird seine Krise in den Tagen und Stunden der Entscheidung sein. Die wichtigste und unaufschiebbarste von allen »Wendungen« betrifft die Änderung des Parteiregimes. Das ist eine Frage auf Leben und Tod.

3. *Die Änderung des Regimes ist eine Voraussetzung des Kurswechsels und gleichzeitig eine Folge davon.* Das eine ist ohne das andere undenkbar. Die Partei muss sich von der Atmosphäre der Lüge, der Halbheiten, des Verschweigens der wirklichen Nöte, der Verherrlichung von Scheinwerten, mit einem Wort, von der verderblichen Atmosphäre des Stalinismus loslösen, die nicht durch ideologische und politische Autorität gebildet wird, sondern durch die materielle Abhängigkeit des Apparates und die aus ihr folgenden Methoden des Kommandierens.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Befreiung der Partei aus der bürokratischen Gefangenschaft bildet die generelle Überprüfung der »Generallinie« der deutschen Leitung, angefangen mit dem Jahre 1923, sogar mit den Märztagen 1921. Die Linke Opposition veröffentlichte in einer Reihe von Dokumenten und theoretischen Arbeiten ihre Einschätzung sämtlicher Etappen der unglückseligen Politik der Komintern. Diese Kritik muss zum Allgemeinbesitz der Partei werden. Es darf ihr nicht gelingen, ihr auszuweichen oder sie zu verschweigen. Die Partei wird sich niemals zu dem Niveau ihrer großen Aufgaben erheben, wenn sie nicht ganz offen ihr Heute im Lichte ihrer Vergangenheit einschätzt.

4. Wenn die Kommunistische Partei, trotz der ausnehmend günstigen Bedingungen, sich als zu schwach erwiesen hat, das Gebäude der Sozialdemokratie mit Hilfe der Formel des »Sozialfaschismus« zu erschüttern, so bedroht der wirkliche Faschismus jetzt dieses Gebäude bereits nicht nur durch Pseudoformeln des Wortradikalismus, sondern auch durch chemische Formeln für Sprengstoffe. Mag jene Feststellung, dass die Sozialdemokratie durch ihre gesamte Politik das Aufblühen des Faschismus vorbereitet, noch so richtig sein, nicht weniger richtig bleibt es, dass der Faschismus eine tödliche Bedrohung vor allem für die Sozialdemokratie selbst ist, deren ganze Herrlichkeit